

5. „Wolke im Osten“ oder „Ex Oriente Lux“? Der polnisch-sowjetische Krieg und die Spaltung der USPD

Hoffnung auf Zusammenarbeit

Anfang 1920 waren die Voraussetzungen für die Anbahnung einer deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit erheblich besser als wenige Monate zuvor. Schien noch im Herbst des Vorjahres die Herrschaft der Bolschewiki durch die Offensive der weißen Truppen ernstlich gefährdet, so zeichnete sich nunmehr der endgültige Sieg der Roten Armee im Bürgerkrieg ab. Im Dezember hatte der Oberste Rat der Alliierten beschlossen, die Unterstützung der weißen Armeen einzustellen. Mit Estland trat Rußland in Friedensverhandlungen, ein Waffenstillstand mit Lettland folgte im Februar. Die Fronten beruhigten sich. Entscheidend für Deutschland aber war, daß der Oberste Rat am 16. Januar 1920 die Blockade Rußlands aufhob.

Nicht nur Handels- und Industriekreise¹, auch Stimmen aus der SPD drängten jetzt die sozialdemokratisch geführte Regierung, sich in den Beziehungen zu Sowjetrußland keiner Versäumnisse schuldig zu machen. Der *Vorwärts* reagierte alarmiert auf die Aufhebung der alliierten Blockade. Während die Entente beginne, „den russischen Markt wieder aufzusuchen“, solle Deutschland von Rußland weiterhin abgeschlossen bleiben. „Gegen diese Infamie muß der schärfste Protest erhoben werden.“²

Die Furcht, Deutschland könne bei der Erschließung des russischen Marktes „von den Ententekaufleuten überholt werden“ war Anfang 1920 auch unter Sozialdemokraten verbreitet³. Rußland erschien jetzt mehr als Chance denn als Gefahr. Die ideologisch-politische Konfrontation war nicht mehr wie noch 1919 der einzige bestimmende Faktor für die Rußlandpolitik der SPD. „Deutschland kann dem bolschewistischen Rußland gegenüber keine andere Politik treiben als die, die es auch einem menschwistischen oder kadettistischen Rußland gegenüber treiben würde“, erklärte der *Vorwärts*⁴. Die Unterbrechung der Beziehungen zu Sowjetrußland schien unter diesen Voraussetzungen nicht mehr angebracht. Die SPD-Fraktion in der preußischen Landesversammlung stellte denn auch den Antrag, die Landesregierung „möge beim Reiche für die rasche Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland wirken“. Zwei wesentliche Bedingungen sollten dabei jedoch erfüllt sein: Sowjetrußland sollte sich jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands enthalten, und die Wiederaufnahme der Beziehungen sollte nicht den Charakter eines Bündnisses annehmen, der den Frieden mit anderen Staaten gefährden könne⁵. Die zweite Bedingung wandte sich gegen die „nationalbolschewistische“ Welle, die um die Jahreswende 1919/20 als Reaktion auf den Versailler Friedensvertrag entstanden war. Pläne für eine deutsch-russische

¹ Akten der Reichskanzlei. Das Kabinett Bauer 21. Juni 1919 bis 27. März 1920, bearb. von Anton Golecki. Boppard 1980, S. 64f. (Aufzeichnung Außenminister Müller: Protokoll über die Sitzung des Reichsrates, Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten vom 16. Februar), hier: S. 64.

² „Handel mit Rußland“, *Vorwärts* Nr. 31 vom 17. 1. 1920.

³ Hermann Polak: Deutschland und Rußland, in: *Der Arbeiterrat* Nr. 7, 7. Woche [Februar] 1920.

⁴ „Wir und Sowjetrußland“, *Vorwärts* Nr. 94 vom 20. 2. 1920.

⁵ „Berlin Moskau“, *Vorwärts* Nr. 105 vom 6. 2. 1920.

Allianz, die einen Revanchekrieg gegen die Entente führen sollte, lehnte die SPD strikt ab⁶.

Der Berliner Vertreter der Sowjetregierung, Viktor Kopp, hatte zu diesem Zeitpunkt dem Auswärtigen Amt bereits Grundsätze für die künftige Entwicklung der sowjetisch-deutschen Beziehungen dargelegt, zu denen auch die gegenseitige Nichteinmischung zählte⁷. Ein Artikel Karl Radeks, in dem er nicht nur die innere Einmischung in deutsche Angelegenheiten, sondern auch den Gedanken eines Bündnisses gegen die Entente verwarf und den beiderseitigen Nutzen wirtschaftlicher Zusammenarbeit betonte, löste eine hochoptimistische Reaktion des Mitarbeiters der *Neuen Zeit* Arthur Heichen aus. Skepsis gegenüber dem wirtschaftlichen Nutzen der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit wies er zurück: „Es kommt nicht so sehr darauf an, was uns Rußland heute schon ist, sondern was es uns werden kann!“⁸ Die Aufhebung der Isolation Rußlands von Deutschland sei möglich, weil einerseits die Bolschewiki ihre Herrschaft stabilisiert hätten, Deutschland andererseits „jetzt gegen den bolschewistischen Bazillus ziemlich immun sein dürfte“⁹. Heichen wollte auch ein zukünftiges engeres Verhältnis zwischen Deutschland und Sowjetrußland nicht ausschließen. „Wir befinden uns bei den Bolschewiki wenigstens nicht mit Rückerstattungen und ‚Wiedergutmachungen‘ in der Kreide und brauchen nicht alle paar Wochen auf Kommando die armen Sünder zu spielen. [...] wenn die Entente es zu toll treibt, dann kann der Bund der unterdrückten Proletariervölker Europas eines Tages doch noch Wirklichkeit werden.“¹⁰

Den Gegenpol zu Heichens von nationalbolschewistischen Untertönen nicht ganz freier Auffassung stellte die Position der Kontinentalpolitiker um die *Sozialistischen Monatshefte* dar. Kurz nach der Oktoberrevolution hatten sie noch gehofft, ihr Konzept einer engen Zusammenarbeit der großen kontinentalen gegen die angelsächsischen Mächte werde sich auch mit einem bolschewistisch regierten Rußland verwirklichen lassen. Bald aber dominierte bei den Kontinentalpolitikern, die ideologisch auf dem rechten Flügel der SPD standen, ihr vehementer Antibolschewismus. Entsprechend mißtrauisch betrachteten sie die „nahezu geschlossene Einheitsfront der Ostorientierung“, der sie sich Anfang 1920 gegenüber sahen. Mit Rußland werde man erst zusammenarbeiten können, wenn dort in der Zukunft einmal ein demokratisch-sozialistisches System bestehen werde, führte Ludwig Quessel in den *Sozialistischen Monatsheften* im März 1920 aus. Vorrangig für die ökonomische Gesundung Europas seien nicht die Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland, sondern Hilfe für den Wiederaufbau Nordfrankreichs¹¹. Der Standpunkt der Kontinentalpolitiker blieb jedoch eine Außenseiterposition in der SPD¹².

⁶ Döser, Rechtspresse, S. 24; Louis Dupeux: „Nationalbolschewismus“ in Deutschland 1919–1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik. München 1985, S. 99–154. Zur Reaktion der SPD: „Deutschland und Rußland“, Vorwärts Nr. 93 vom 20. 2. 1920; Linke, Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 93, Fußnote 91.

⁷ Linke, Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 92.

⁸ Arthur Heichen: Rußland und wir, in: NZ Nr. 24 vom 12. 3. 1920, S. 545–551, hier: S. 551.

⁹ Ebenda, S. 550.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Ludwig Quessel: Alte und neue Ostorientierung, in: SM Nr. 4 vom 8. 3. 1920 S. 169–176.

¹² Eduard David hatte auf dem Weimarer Parteitag vom Juni 1919 die „Kontinentalpolitik“ als eine „Politik des Wahnsinns“ bezeichnet. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919, Berlin 1919 [Nachdruck Glashütten 1973], S. 265.

Aber auch Heichens Optimismus über die Zukunft der deutsch-sowjetischen Beziehungen war eher eine Ausnahmehaltung in der SPD. Als am 13. Februar das Reichskabinett über das Thema beriet, erklärte Wirtschaftsminister Wissell, der Augenblick sei gekommen, um ökonomische Beziehungen mit Rußland anzuknüpfen. Er schlug vor, Viktor Kopp halboffiziell als Bevollmächtigten der Sowjetregierung anzuerkennen. Ähnlich wie Großbritannien solle man zunächst über den Austausch von Kriegsgefangenen verhandeln. Wenn die Herstellung wirtschaftlicher Beziehungen von der Moskauer Regierung politisch mißbraucht werde, müsse „die Tür wieder zugeschlagen werden“. Das Kabinett stimmte Wissells Überlegungen zu und beschloß, den „Versuch“ zu machen¹³.

Sowjetrußland hautnah:

Die deutsche Sozialdemokratie und der polnisch-sowjetische Krieg

Die tastenden Annäherungsversuche zwischen Deutschland und Sowjetrußland waren überschattet von der Drohung eines Krieges zwischen Polen und Rußland. Die Grenzziehung zwischen beiden Staaten war ungeklärt, und seit Februar 1919 kam es an der polnisch-weißrussischen Grenze zu ständigen Scharmützeln¹⁴.

„Die Wolke im Osten“

Die Kriegsgefahr war bereits in der Kabinettsitzung am 13. Februar erörtert worden. Innenminister Eduard David befürchtete, ein Sieg Rußlands über Polen werde den Einzug des Kommunismus in Deutschland zur Folge haben. Daher müsse der Platz Deutschlands in dieser Auseinandersetzung an der Seite der Entente sein¹⁵. Außenminister Hermann Müller teilte Davids Befürchtungen nicht. Die Russen seien zu sehr von der „Notwendigkeit des Zusammengehens mit Deutschland“ überzeugt¹⁶ – ein Eindruck, den er offenbar aus den Gesprächen mit Viktor Kopp gewonnen hatte. Müller meinte, man solle „auf das russische Pferd“ setzen, um bei einem Zerfall Polens Oberschlesien beim Reich zu halten, dessen künftige staatliche Zugehörigkeit noch nicht geklärt war und wo bereits im August 1919 ein polnischer Aufstandsversuch stattgefunden hatte¹⁷.

Schon vor der Diskussion im Kabinett hatte ein Leitartikel des *Vorwärts* vom 4. Februar tiefe Sorge über die Konfrontation zwischen Polen und Rußland zum Ausdruck gebracht. Unter der Überschrift „Die Wolke im Osten“ führte sein nicht genannter Verfasser aus, daß die Streitigkeiten zwischen den beiden östlichen Staaten sich schnell zu einer Gefahr für ganz Europa ausweiten könnten. Wenn der Krieg eskaliere und das militärisch überlegene Sowjetrußland Polen überrolle, „gäbe es östlich von Deutschland einen ungeheuren Machtkomplex, der sich von Wladiwostok bis an die deutsch-polni-

¹³ AdR Kabinett Bauer, S. 602f.

¹⁴ Zur Vorgeschichte und zum Verlauf des polnisch-sowjetischen Krieges: Gerhard Wagner: Deutschland und der polnisch-sowjetische Krieg 1920. Wiesbaden 1979, S. 5–26; Kai von Jena: Polnische Ostpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1980, S. 21–42; Heller, Sowjetunion, S. 84–90.

¹⁵ AdR Kabinett Bauer, S. 603, Fußnote 8.

¹⁶ ADAP, Serie A, Bd. 3, Nr. 35, S. 64.

¹⁷ AdR Kabinett Bauer S. 603, Fußnote 8.

sche Grenze erstreckte“. Insbesondere wäre dann Ostpreußen von diesem Machtkomplex gänzlich eingeschlossen, aber auch auf das übrige Deutschland würde er „den allerstärksten Druck ausüben“. Deutschland mit seinem 100 000-Mann-Heer könnte in dieser Situation nur noch „allerbescheidenste Friedenspolitik“ treiben, ohne daß diese eine Garantie für den Erhalt des Friedens wäre. Die Außenpolitik Sowjetrußlands nämlich sah der Autor durch einen imperialistischen Expansionsdrang geprägt: „Der Bolschewismus ist nicht nur neumilitaristisch, sondern auch neuimperialistisch, er erstrebt die Verwirklichung seiner Idee mit den Mitteln der Gewalt und träumt von der Entscheidungsschlacht am Rhein. Aber wie würden die am Rhein antworten, wenn er einmal an der Oder stünde?“¹⁸

Damit war das Motiv ausgesprochen, das die Mehrheitssozialdemokraten am meisten bewegte, als dann der polnisch-sowjetische Krieg tatsächlich ausbrach: die Furcht, Deutschland könne zum Schlachtfeld in einem Krieg zwischen der Entente und dem bolschewistischen Rußland werden. Im Falle einer Eskalation des Konfliktes könnte Deutschland nur versuchen, soweit wie möglich seine Neutralität zu wahren, hatte der Leitartikler des *Vorwärts* geschrieben und damit exakt die Linie vorgezeichnet, der die SPD folgte, als wenige Monate später die Befürchtungen Wirklichkeit zu werden drohten.

In der USPD-Presse tauchten solche Befürchtungen nicht auf. Alexander Stein vertrat vielmehr im *Sozialist* die Auffassung, die polnische herrschende Klasse werde von einem Angriff auf die Sowjetunion durch die Furcht vor der als Folge zu erwartenden proletarischen Revolution in Polen abgehalten¹⁹.

Zwischen Neutralität und Solidarität: Einheitsfront gegen Militärtransporte

Ende April ging die polnische Armee in die Offensive und nahm am 6./7. Mai Kiew ein. Deutschland solle in diesem Konflikt strikte Neutralität wahren, forderte der *Vorwärts*, erklärte aber zugleich, die Sozialdemokratie werde gegen eine etwaige deutsche Unterstützung „eines Versuchs, Rußland mit dem Schwert zu einer Änderung seiner inneren Verfassung zu zwingen“ entschieden Stellung beziehen²⁰.

Die Parteien links von der SPD hielten Neutralität keineswegs für die gebotene Haltung. Sie sahen hinter dem polnischen Angriff den langen Arm der Entente, die nun die Aufgabe, die die weißen Armeen Rußlands und die alliierten Interventionstruppen nicht hatten bewältigen können, Pilsudski übertragen habe. Ohne „den strikten Auftrag der leitenden Ententekreise“ hätte sich Polen gewiß nicht in das militärische Abenteuer gestürzt, schrieb die *Freiheit*, die den „heroischen Verteidigungskampf der russischen Revolution“ zur ureigenen Sache der deutschen Arbeiterklasse erklärte²¹.

Das war kein Ruf ins Leere. Bereits am 9. Mai bekundeten weit über 5000 Groß-Berliner Betriebsräte im Circus Busch und in Haverlands Festsälen ihre Solidarität mit Sowjetrußland, und das obwohl die SPD ihre Anhänger dazu aufgerufen hatte, der

¹⁸ „Die Wolke im Osten“, *Vorwärts* Nr. 63 vom 4. 2. 1920.

¹⁹ Alexander Stein: Sowjetrußland und der Friede, in: *Der Sozialist*, Nr. 6 vom 7. 2. 1920, S. 102–108, hier: S. 103 f.

²⁰ „Der polnisch-russische Krieg“, *Vorwärts* Nr. 220 vom 30. 4. 1920; „Der Krieg im Osten und Deutschland“, ebenda, Nr. 236 vom 8. 5. 1920.

²¹ „Hände weg von Sowjetrußland!“, *Freiheit* Nr. 161 vom 6. 5. 1920. Analog: W[alter] O[ehme]: Der neue Krieg gegen Sowjet-Rußland, in: *LVZ* Nr. 77 vom 7. 5. 1920.

Veranstaltung fernzubleiben. Zu deren Attraktivität hatte sicher erheblich beigetragen, daß der sowjetische Gewerkschaftsführer A. G. Šljapnikow als Redner auftrat²². Die von den Versammlungen einstimmig verabschiedete Resolution sprach von den „vom imperialistischen Größenwahn befallenen Machthabern Polens“, die „als Schergen des Entente-Kapitals“ fungierten, und stellte fest, der Kampf Sowjetrußlands gegen die Weltreaktion sei der gleiche, den die deutsche Arbeiterklasse gegen die kapitalistische und militaristische Gegenrevolution führe.²³

Zwei Tage später, am Abend des 11. Mai, richteten USPD und KPD gemeinsam eine Solidaritätskundgebung aus, bei der sich ebenfalls zeigte, wie stark sich die Arbeiterschaft mit Sowjetrußland verbunden fühlte. Der *Vorwärts* berichtete am folgenden Morgen, der Berliner Lustgarten sei „von einer nach Zehntausenden zählenden dichtgedrängten Menge gefüllt“ gewesen²⁴.

Zweifelsohne waren weite Kreise der Arbeiterschaft für die Solidarität mit Sowjetrußland zu mobilisieren. Von dieser Sympathie profitierten in der innerdeutschen Auseinandersetzung USPD und KPD. Die SPD versuchte, vor allem angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen am 6. Juni 1920, dem mit einer verstärkten kritischen Berichterstattung über die russischen Verhältnisse zu begegnen und erklärte ihr Motiv auch in aller Öffentlichkeit: „Sowjetrußland kann [...] nicht unser Ideal sein, und wer es in der gegenwärtigen Wahlbewegung als solches hinstellt, dem müssen die Tatsachen gründlich vor Augen geführt werden.“²⁵

Auch wenn es an Gründlichkeit nicht fehlte, mangelte es den Bemühungen der SPD doch an Erfolg. Sie mußte in erheblichem Maße Stimmen an die USPD abgeben und fiel gegenüber ihrem Ergebnis bei den Nationalversammlungenwahlen von 37,9 auf nunmehr 21,6 Prozent. Die USPD konnte demgegenüber ihren Stimmanteil mehr als verdoppeln und stieg von 7,6 auf 18,6 Prozent. Die KPD kam auf 1,7 Prozent²⁶. Der rasante Zuwachs an Mitgliedern und Wählern erfüllte die Unabhängigen Sozialdemokraten mit Siegeszuversicht. Er sei von der weiteren Stärkung der USPD nach den Reichstagswahlen überzeugt gewesen, erinnert sich Wilhelm Dittmann. Die Unabhängigen seien „auf dem besten Wege der Aufsaugung der mehrheitssozialistischen Partei“ gewesen²⁷. Der Erfolg ließ offenkundig die weniger optimistisch stimmenden Tatsachen in den Hintergrund treten, nämlich, daß SPD und USPD zusammen 5,1 Prozent weniger Stimmen als bei der Wahl zur Nationalversammlung erhalten hatten, was auch durch die 1,7

²² „Aufmarsch der Groß-Berliner Betriebsräte“, *Der Arbeiterrat*, Nr. 17 [Anfang Mai 1920], S. 1-3.

²³ „Hände weg von Sowjet-Rußland“, ebenda, S. 1.

²⁴ „Demonstration für Rußland“, *Vorwärts* Nr. 242 vom 12. 5. 1920; „Für die russischen Brüder! Riesendemonstration in Berlin“, *LVZ* Nr. 81 vom 12. 5. 1920.

²⁵ „Das Ideal Sowjetrußland“, *Vorwärts* Nr. 254 vom 19. 5. 1920; siehe auch Eduard Bernstein: *Die Kommunisten*, ebenda Nr. 255 vom 19. 5. 1920; ders.: *Militarismus in Sowjetrußland*, ebenda Nr. 266 vom 26. 5. 1920; „USPD und Todesstrafe“, ebenda Nr. 273 vom 30. 5. 1920; „Lenin unter der Lupe“, ebenda Nr. 282 vom 4. 6. 1920; vgl. auch die Ausführungen des SPD-Vorstandsmitgliedes Hermann Molkenbuhr auf der Parteikonferenz vom Mai 1920, die der Vorbereitung des Wahlkampfes diente: *Protokoll über die Verhandlungen der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. Abgehalten in Berlin am 5. und 6. Mai 1920, in: *Protokolle Parteiausschuß*, Bd. 2, S. 43 [905].

²⁶ Winkler, *Revolution*, S. 350; eingehende Wahlenanalyse S. 350–359.

²⁷ Dittmann, *Erinnerungen*, S. 1103f. und S. 1106.

Prozent der erstmals angetretenen KPD nicht ausgeglichen wurde²⁸, und daß bereits ein tiefer Spalt durch die USPD ging.

In der Haltung zum polnisch-sowjetischen Krieg wirkte sich dieser Gegensatz allerdings nicht aus. Im Gegenteil, der Krieg führte sogar zu einer – allerdings kurzfristigen und begrenzten – Zusammenarbeit aller Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung, wie sie bis zur Kampagne gegen die Fürstenabfindung 1926 einmalig blieb. Dabei ging es um die Verhinderung von Waffentransporten der Entente für Polen durch Deutschland, bei der sich die Motive der Wahrung der deutschen Neutralität und der Solidarität mit Sowjetrußland ineinander verschränkten. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale forderte in einem Aufruf „An die Proletarier aller Länder“ vom 16. Mai die deutschen Eisenbahner auf, keine Züge aus Frankreich nach Polen zu abzufertigen. Die deutschen Hafentarbeiter in Danzig sollten die für Polen bestimmten Schiffe nicht ausladen²⁹.

Londoner Dockarbeiter hatten bereits im Mai entsprechend gehandelt. Sie hatten sich geweigert, die „Jolly George“ mit Munition und anderem Material für Polen zu beladen³⁰. Für Deutschland wurde das Problem der Militärtransporte aber erst akut, nachdem es der Roten Armee gelungen war, den polnischen Vorstoß aufzuhalten und sie nun ihrerseits am 4. Juli eine Offensive begann. Je bedrohlicher die Lage für Polen wurde, um so wahrscheinlicher wurde ein Eingreifen der Entente, vor allem Frankreichs. Polen nahm in dem gegen Sowjetrußland und Deutschland gleichermaßen gerichteten osteuropäischen „Cordon sanitaire“ die zentrale Stellung ein.

Die Komintern erkannte die Gefahr. Ihr Westeuropäisches Sekretariat rief daher noch vor Beginn der sowjetischen Juli-Offensive erneut zum Boykott von Militärtransporten der Entente für Polen auf. Die Presse der USPD und der KPD veröffentlichte den Appell Ende Juni³¹. Aber auch die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter hatte, alarmiert durch Gerüchte über Militärhilfe der Entente für Polen, bereits Ende Juni empfohlen, „den Dienst zur Beförderung von Ententetruppen zu verweigern“³².

Militärtransporte für Polen über deutsches Gebiet lagen auch nicht im Interesse der deutschen Reichsregierung. Zwischen Deutschland und Polen herrschten wegen noch offener Gebietsfragen und der Behandlung der deutschen Minderheit im neuentstandenen polnischen Staat starke Spannungen, die sich gerade im Sommer 1920 erheblich verschärft hatten³³. Die Regierung wahrte strikte Neutralität und bekräftigte diese zuvor schon praktizierte Politik am 20. Juli durch eine offizielle Neutralitätserklärung³⁴, die am 25. Juli durch ein Verbot der „Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition,

²⁸ Winkler, *Revolution* S. 350–352.

²⁹ Aufrufe des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur polnischen Frage. Hrsg. vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale. Berlin 1920, S. 11–15, hier: S. 14.

³⁰ Stephen Richards Graubard: *British Labour and the Russian Revolution 1917–1924*. Cambridge, Mass. 1956, S. 92.

³¹ Wagner, *Polnisch-sowjetischer Krieg*, S. 72.

³² Heinrich Potthoff: *Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation*. Düsseldorf 1979, S. 288.

³³ Wagner, *Polnisch-sowjetischer Krieg*, S. 36.

³⁴ Akten der Reichskanzlei. *Das Kabinett Fehrenbach*. 25. Juni 1920 bis 4. Mai 1921. Bearb. von Peter Wulf. Boppard 1972, S. 74; Wagner, *Polnisch-sowjetischer Krieg*, S. 76.

Pulver und Sprengstoffen, sowie von anderen Artikeln des Kriegsbedarfs“ für Polen und Rußland gleichermaßen ergänzt wurde³⁵. Bei diesen Entscheidungen spielte nicht zuletzt auch die Furcht eine Rolle, wenn sich die Reichsregierung gegen Rußland stelle, könne es zu inneren Unruhen kommen³⁶.

Bis zu einem gewissen Grade deckten sich jedoch die Interessen der Reichsregierung und die der Arbeiter, die begannen, aus eigener Initiative Züge auf Militärgüter für Polen zu überprüfen. So hatten am 25. Juli, dem Tag des Aus- und Durchfuhrverbots, in Marburg Eisenbahner einen ihnen verdächtig erscheinenden Zug angehalten. Als sich am Tag darauf herausstellte, daß er tatsächlich Kriegsmaterial für Polen transportierte, wurde er von der Reichsregierung nach Konstanz zurückgeschickt³⁷. Bereits kurz zuvor hatten 50 Erfurter Eisenbahner einen für Polen bestimmten Munitionszug zerstört. Ähnliche Vorfälle ereigneten sich bald darauf in Anhalt, Chemnitz, Stuttgart, Stettin, Halle, Hamburg und anderen Städten³⁸.

Nicht immer trafen bei diesen Aktionen die Arbeiter ihr eigentliches Ziel. So zerstörten in Harburg bei Hamburg 500 Teilnehmer einer USPD-Versammlung am 30. Juli einen Waffentransportzug, der für die Tschechoslowakei bestimmt war³⁹. Fünf Tage später, am 3. August, demolierten Arbeiter in Untertürkheim bei der Daimler-Motorenengesellschaft drei für die Reichswehr bestimmte Kraftwagenschütze. Sie hatten geglaubt, diese seien für Polen bestimmt⁴⁰.

Die Situation war besonders kompliziert, weil Militärtransporte unterschiedlichster Herkunft und Zielorte in Deutschland unterwegs waren. Eindeutig als Hilfeleistung für Polen bestimmt waren die sogenannten „Poloniazüge“. In Artikel 16 des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens vom 22. Oktober 1919 hatte sich Deutschland verpflichtet, 105 Züge mit militärischem Material und 50 Züge mit Zivilgütern von Frankreich nach Polen passieren zu lassen. Insgesamt waren davon bis Ende Juni 110 Züge durch Deutschland gefahren⁴¹. Mit der Erklärung der Neutralität war die Rechtsgrundlage für die Militärtransporte zumindest nach deutscher Auffassung entfallen, und so erklärte Außenminister Walter Simons am 2. August 1920 zum Anhalten des Poloniazuges in Marburg: „Ich bin den Transportarbeitern für die Energie, mit der sie die ehrlich neutrale Haltung Deutschlands ihrerseits unterstützt haben, durchaus dankbar.“⁴² Simons warnte jedoch zugleich vor der Beeinträchtigung der Ablösungs- und Versorgungstransporte für die in den Abstimmungsgebieten (über die Zugehörigkeit zu Polen oder Deutschland) stationierten alliierten Streitkräfte⁴³. Anlaß dazu gab es: Ende Juli hatten sich deutsche Eisenbahner im ostpreußischen Lyck geweigert, italienische Truppen in das Abstimmungsgebiet nach Allenstein zu transportieren, sofern nicht die Garantie gegeben würde, daß sie nicht gegen die Russen eingesetzt würden⁴⁴.

³⁵ AdR Kabinett Fehrenbach S. 79; Wagner, Polnisch-sowjetischer Krieg, S. 78.

³⁶ AdR Kabinett Fehrenbach S. 33f.; Fritz Klein: Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917–1932. Berlin (O) 1953, S. 81.

³⁷ AdR Kabinett Fehrenbach, S. 100.

³⁸ Günther Rosenfeld: Deutschland und Sowjetrußland. Berlin (O) 1960, S. 283.

³⁹ Ebenda, S. 255; Wagner, Polnisch-sowjetischer Krieg, S. 241.

⁴⁰ AdR Kabinett Fehrenbach, S. 108, Fußnote 5.

⁴¹ Wagner, Polnisch-sowjetischer Krieg, S. 75, Fußnote 8.

⁴² Ebenda, S. 243.

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ „Die Wahrung der Neutralität“, LVZ Nr. 148 vom 31. 7. 1920.

Eine weitere Kategorie von Militärtransporten bildeten die Repatriierungszüge für die Angehörigen der Tschechoslowakischen Legion, die aus Rußland in die USA evakuiert worden waren.⁴⁵ Der in Harburg in Mitleidenschaft gezogene Transport war einer davon. Schließlich erregten, wie der Untertürkheimer Fall zeigt, vereinzelt auch für Reichswehr und Sicherheitspolizei bestimmte Waffen das Mißtrauen von Arbeitern⁴⁶. In den sozialistischen Parteien herrschte überdies die Befürchtung, die deutsche Regierung sei ohne die Unterstützung der Arbeiterschaft nicht in der Lage, die Einhaltung der Neutralität sicherzustellen, oder, so argwöhnte man vor allem bei der radikalen Linken, sie werde sich schließlich doch noch als Werkzeug der Entente gegen Sowjetrußland mißbrauchen lassen⁴⁷. Aufgrund dieser Skepsis, aber auch, um die spontanen Aktionen der Transportarbeiter in organisierte Bahnen zu lenken, einigten sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund sowie die drei Parteien SPD, USPD und KPD auf einen gemeinsamen Aufruf, in dem die Arbeiter aufgefordert wurden, Militärtransporte der Ententestaaten zu boykottieren. Er wurde am 8. August in den Zentralorganen der vier Organisationen veröffentlicht⁴⁸. Vorausgegangen war eine ähnliche Proklamation der Leitungen der SPD, der USPD der KPD und der Allgemeinen Arbeiterunion Sachsens⁴⁹. Der reichsweite Aufruf verweist auf Gerüchte, wonach die Entente am Rhein für die Unterstützung Polens bestimmte Truppen zusammengezogen habe. „Erzwingt die Entente den Durchtransport von Truppen und Kriegsmaterial durch Deutschland, so bedeutet dies den Bruch der deutschen Neutralität und hat zur Folge, daß Deutschland Kriegsschauplatz wird“, heißt es darin. Dies müßten die Arbeiter verhindern⁵⁰.

Die Wahrung der deutschen Neutralität war der kleinste gemeinsame Nenner, der die beteiligten Organisationen einigte. Daher läßt der Aufruf zwar die internationale Solidarität des Proletariats hochleben, enthält aber kein Wort über eine Unterstützung Rußlands. Ebendiese aber war nicht nur für die KPD, sondern auch für die USPD das eigentliche Motiv, sich an der gemeinsamen Aktion zu beteiligen, denn tatsächlich konnte sich die Neutralität nur zugunsten Rußlands auswirken. Eine Aus- oder Durchfuhr von Kriegsmaterial für Rußland stand ja überhaupt nicht zur Debatte. Daher war es kein Widerspruch, wenn die *Leipziger Volkszeitung* appellierte: „Kämpft für Sowjetrußland. Schützt die Neutralität!“⁵¹ Zutreffend stellte Rudolf Breitscheid (USPD) angesichts der unterschiedlichen Motivationen für das Bündnis fest: „Es wäre verfehlt, in diesem geschlossenen Auftreten etwa den Anfang einer Einigung des deutschen Sozialismus zu erblicken.“ Seine „lebhaften Zweifel“ darüber, „ob die Harmonie in allen denkbaren Phasen der Entwicklung des Neutralitätsproblems vorhalten wird“, sollten sich bald als berechtigt herausstellen⁵².

⁴⁵ Wagner, *Polnisch-sowjetischer Krieg*, S. 241.

⁴⁶ Potthoff, *Gewerkschaften und Politik*, S. 292.

⁴⁷ „Deutschlands Neutralität“, *Vorwärts* Nr. 366 vom 23. 7. 1920; „Hütet die Neutralität“, *LVZ* Nr. 142 vom 24. 7. 1920.

⁴⁸ Der Text findet sich auch bei Wagner, *Polnisch-sowjetischer Krieg*, S. 250.

⁴⁹ Arnold Reisberg: *Lenins Beziehungen zur deutschen Arbeiterbewegung*. Berlin (O) 1970, S. 399.

⁵⁰ Wagner, *Polnisch-sowjetischer Krieg*, S. 250.

⁵¹ „Kämpft für Sowjetrußland. Schützt die Neutralität!“, *LVZ* Nr. 153 vom 6. 8. 1920.

⁵² Rudolf Breitscheid: *Unsere Neutralität*, in: *Der Sozialist*, Nr. 32/33 vom 14. 8. 1920, S. 617–619, hier: S. 617.

Die SPD war nämlich bemüht, sicherzustellen, daß die Aktionen zur Wahrung der deutschen Neutralität nicht in Sympathiekundgebungen für Sowjetrußland und die Diktatur des Proletariats mündeten⁵³. Die KPD hingegen hatte am 10. August den anderen Unterzeichnern des gemeinsamen Aufrufes vorgeworfen, sie warteten nur darauf, Verrat üben zu können. Sie rief zur Wahl „politischer Arbeiterräte“ als Kontrollorgane auf, die dies verhindern sollten⁵⁴. Auf Initiative der ADGB-Vertreter wurde die KPD daraufhin am 19./20. August gegen die Stimmen der USPD aus dem „Neutralitätsbündnis“ ausgeschlossen⁵⁵.

Auf derselben Zusammenkunft wurde die Bildung einer zentralen Reichskontrollkommission beschlossen, der Vertreter aller beteiligten Organisationen angehören sollten. Die zentrale Kommission sollte für jeden Eisenbahndirektionsbezirk und jede Hafenstadt eine Kontrollkommission in entsprechender Zusammensetzung berufen⁵⁶. Diese Form der Unterstützung ihrer Neutralitätspolitik ging der Regierung allerdings zu weit. Reichsverkehrsminister General Groener erklärte in der Kabinettsitzung vom 23. August, damit werde eine zweite Hierarchie von Befehlsstellen errichtet, was für die Eisenbahnverwaltung „unerträglich“ sei. Das Kabinett beschloß daraufhin, in Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen auf die Aufhebung des Beschlusses hinzuwirken⁵⁷. In einem Gespräch zwischen Reichskanzler Fehrenbach und der zentralen Kontrollkommission noch am selben Tag, sagte diese allerdings nur zu, Transporte für Reichswehr und Sicherheitspolizei durchzulassen und vor allem die Nachschubtransporte der Entente nicht zu behelligen⁵⁸. Letzteres war eine besonders heikle Frage. Die Reichsregierung war bemüht, dem bei den Westmächten vielfach gehegten Verdacht entgegenzuwirken, Deutschland strebe ein Bündnis mit Sowjetrußland an, hatte sich doch Marschall Foch eindeutig dafür ausgesprochen, beim Zustandekommen einer solchen Allianz und einem Zusammenbruch Polens das Ruhrgebiet zu besetzen, um damit Deutschland gleichsam zu „entwaffnen“⁵⁹. Daher war bereits Anfang August Staatssekretär Heinrich Albert vom Kabinett beauftragt worden, mit SPD und USPD zu verhandeln und sie zu äußerst vorsichtigem Vorgehen zu ermahnen⁶⁰.

Fanden KPD und USPD in ihrer Sympathie für Sowjetrußland zusammen, so verlief in der Frage der Ententetransporte die Kluft zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien einerseits und der kommunistischen Partei andererseits. „Kein Mann, keine Waffe, keine Munition nach Osten – was immer die Bemäntelung des Transportes sei!“ gab die KPD als Parole aus⁶¹. Dagegen warnte die *Freiheit* am 17. August davor, durch die Beeinträchtigung der Ententetransporte den Eindruck entstehen zu lassen, man sei zu einem Bruch des Versailler Vertrages bereit⁶².

⁵³ „Statt Neutralität – Rätediktatur!“, Vorwärts Nr. 393 vom 7. 8. 1920.

⁵⁴ Rote Fahne Nr. 151 vom 10. 8. 1920.

⁵⁵ „Der Schutz der Neutralität“, Freiheit Nr. 343 vom 22. 8. 1920; „Burgfrieden oder revolutionäre Solidarität“, Rote Fahne Nr. 163 vom 22. 8. 1920.

⁵⁶ Potthoff, Gewerkschaften und Politik, S. 292.

⁵⁷ AdR Kabinett Fehrenbach, S. 132–134.

⁵⁸ Correspondenzblatt des ADGB Nr. 35 vom 28. 8. 1920, S. 462 f.

⁵⁹ Wagner, Polnisch-sowjetischer Krieg, S. 59 und S. 181 ff.

⁶⁰ AdR Kabinett Fehrenbach, S. 109 f.

⁶¹ Rote Fahne Nr. 165 vom 25. 8. 1920.

⁶² „Der russische Sieg“, Freiheit Nr. 334 vom 17. 8. 1920.

Reichsverkehrsminister Groener waren die Kontrollkommissionen der Arbeiterorganisationen dennoch ein Dorn im Auge. Am 28. August erließ er eine Verfügung, die die „unbefugten Eingriffe“ verbot⁶³. Gespräche mit den Arbeiterorganisationen lehnte er ab. Diese riefen die Arbeiterschaft auf, sich weiterhin gemäß den Regelungen des Aufrufs vom 7./8. August zu verhalten und sagten denjenigen, die deshalb gemäßregelt werden sollten, ihre Solidarität zu⁶⁴. Noch am 18. September appellierten die Organisationen erneut in diesem Sinne an die Arbeiterschaft⁶⁵.

Die Wahrscheinlichkeit weiterer alliierter Militärtransporte durch Deutschland für Polen hatte zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits stark abgenommen. Am 17. August hatten in Minsk Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland begonnen, vor allem aber wendete sich zugleich das Kriegsglück. Die Rote Armee, die ihre Kräfte offenkundig überspannt hatte und deren Führung taktische Fehler beging, wurde von den polnischen Truppen kurz vor Warschau aufgehalten und anschließend weit zurückgedrängt. Man sprach vom „Wunder an der Weichsel“.

Der Wiederhall des Krieges in Deutschland: Einschätzungen und Folgen

Am 27. Juli 1920 nutzte Rudolf Breitscheid eine Rede im Reichstag, „um von dieser Stelle aus unsern Brüdern in Sowjetrußland unsern Gruß und unsern Glückwunsch zuzurufen“. „Wir freuen uns über ihren Sieg in Polen“, führte er weiter aus, „denn der Krieg den Sowjetrußland führt, ist die einzige Art des Krieges für die wir ein Verständnis und eine Sympathie besitzen [...] das ist ein Krieg zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften. Einen solchen Krieg begreifen und unterstützen wir.“⁶⁶ Und Breitscheids Fraktionskollege Adolph Hoffmann sagte am 4. August im Reichstag: „In dem Augenblick, wo sie auch nur einen Schritt weitergehen, als die Notwehr notwendig macht, werden die Bolschewisten uns genauso zu Gegnern haben wie jeder. Aber sie werden das nicht tun.“⁶⁷

Für die Bolschewiki war der polnisch-sowjetische Krieg jedoch kein Verteidigungskrieg im herkömmlichen Sinne. Sie dachten in Klassenkategorien und glaubten, der Rückschlag des polnischen Angriffs werde die proletarische Revolution in Polen auslösen. Lew Kamenew meinte in einer gemeinsamen Sitzung des Zentralen Exekutivkomitees, der Gewerkschaften und anderer Institutionen am 5. Mai 1920 gar, das Auftreten der Roten Armee in Polen werde „in den Arbeitern und Bauern Polens Enthusiasmus hervorrufen“⁶⁸.

Diese Erwartung erwies sich als illusorisch. Die große Mehrzahl der Polen sah in der Roten Armee nicht den sozialistischen Befreier, sondern den russischen Angreifer. Für

⁶³ Potthoff, Gewerkschaften und Politik, S. 294.

⁶⁴ „An die deutsche Arbeiterschaft“, Vorwärts Nr. 440 vom 4. 9. 1920.

⁶⁵ „An die deutsche Arbeiterschaft“, Vorwärts Nr. 464 vom 18. 9. 1920.

⁶⁶ Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Protokolle Bd. 344, S. 332; siehe auch Peter Pistorius: Rudolf Breitscheid 1874–1944. (Diss.) Nürnberg 1970, S. 189.

⁶⁷ Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Protokolle Bd. 345, S. 668.

⁶⁸ Sowjetrußland und Polen. Reden von Kamenew, Lenin, Trotzki, Marchlewski, Sokolnikow, Radek und Martow in der Vereinigten Sitzung des Allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitees, des Moskauer Rates der Arbeiter- und Bauerndelegierten, der Gewerkschaftsverbände und der Betriebsräte am 5. Mai 1920. Hrsg. von der Redaktion Russische Korrespondenz. O. O. 1920, S. 5. Ähnlich eine Kominternproklamation: Aufrufe des EKKI, S. 15.

die Bolschewiki hätte das eigentlich keine Überraschung sein dürfen, hatten sie doch teilweise selbst – und nicht ohne Erfolg – an den nationalen Gegensatz zwischen Russen und Polen appelliert. Das ZK der KPR(b) wandte sich in einem Aufruf zur Verteidigung vom 29. April 1920 nicht nur an die „Arbeiter und Bauern“, sondern auch an die „verehrten Bürger Rußlands“, und viele von diesen zögerten nicht, sich in die nationale Einheitsfront einzureihen. General Brusilov, der letzte Oberbefehlshaber des Zaren, wandte sich in der *Pravda* an die Generäle und Offiziere seiner ehemaligen Armee und forderte sie auf, allen Kränkungen zum Trotz ihre patriotische Pflicht zu erfüllen und das Vaterland zu verteidigen. Der Aufruf hatte eine gute Resonanz⁶⁹.

Auch die Menschewiki unterstützten die Sowjetregierung in ihren Verteidigungsmaßnahmen, und viele Mitglieder der menschewistischen Partei meldeten sich freiwillig zur Roten Armee. Gleichzeitig erklärte Martow in der Sitzung vom 5. Mai, die Menschewiki hofften, daß die Regierung in der Lage sein werde, alles zu vermeiden, was dem Krieg einen nationalistischen Charakter geben könnte. Sie würden jeden Schritt der Regierung unterstützen, der auf ein schnelles Ende des Krieges und den Abschluß eines für beide Seiten akzeptablen Friedens ziele⁷⁰. Es war kein gutes Zeichen, daß die Sowjetpresse die anti-nationalistischen und auf einen Verständigungsfrieden drängenden Passagen von Martows Rede sowie seine Forderung nach Wiederherstellung der grundlegenden Freiheitsrechte unterschlug⁷¹.

Voll unguter Ahnungen schrieb Martow am 26. Juni an Alexander Stein in Berlin, daß ein polnisches Gesuch um Frieden wahrscheinlich und auch England bereit sei, seinen Frieden mit Sowjetrußland zu machen. Er sei sich aber fast sicher, daß die Bolschewiki die mögliche Entwicklung zum Frieden sabotieren würden, um stattdessen Polen gewaltsam zu sowjetisieren. In diesem Falle würden die Menschewiki ihre Politik bedeutend ändern und ihre Agitation auf eine Absage an außenpolitisches Abenteuerium konzentrieren müssen⁷². Am 27. Juni führte Martow seine Gedanken in einem Brief an Karl Kautsky weiter aus. Lenin schwanke zwischen zwei Tendenzen. Als Oberhaupt eines Staates, der sich auf die Bauernschaft stütze und ohne die „westliche“ Industrie unausweichlich auf ein ökonomisches Debakel zusteuere, neige er zu einer realistischen Politik, als „Papst“ der Dritten Internationale entferne er sich aber mehr und mehr vom richtigen Weg zum Frieden und schlage einen Kurs höchst zweifelhafter Abenteuer ein. Dieselbe Zwiespältigkeit könne bei Trotzki beobachtet werden. Martow äußerte die Befürchtung, daß die „abenteurerische“ Tendenz obsiegen werde und die Verhandlungen mit England und Polen absichtlich in die Länge gezogen werden würden, in der Hoffnung, schließlich doch noch die Revolution durch Polen hindurch nach Deutschland tragen zu können. Radek prophezeie bereits, daß Deutschland im Herbst reif für eine kommunistische Revolution sein werde⁷³.

Martows Befürchtungen wurden bald bestätigt. Auf einen für Rußland relativ günstigen Vermittlungsvorschlag des britischen Außenministers Lord Curzon wollte Lenin

⁶⁹ Heller, Sowjetunion, S. 86.

⁷⁰ Dallin, *Between the World War and the NEP*, S. 223 f.

⁷¹ Dallin, a. a. O. Auch in der Redensammlung „Sowjetrußland und Polen“ werden Martows Ausführungen nur verkürzt wiedergegeben.

⁷² Ebenda, S. 222 f.

⁷³ Ebenda, S. 223.

im Gegensatz zu Trotzki nicht eingehen⁷⁴. Die Verhandlungen über einen Waffenstillstand wurden bewußt dilatorisch geführt, und Lenin ordnete zugleich an, die Offensive zu verstärken. Am 30. Juli wurde in Byalistok das Polnische Revolutionäre Komitee unter Marchlewski als kommunistische Gegenregierung gebildet⁷⁵. Die Absichten der Bolschewiki Deutschland gegenüber waren aber nicht ganz eindeutig. Sowohl der sowjetische Vertreter in Berlin, Viktor Kopp, als auch der Volkskommissar des Äußeren, Čičerin, versicherten der Reichsregierung und auch der deutschen Öffentlichkeit, ihr Land habe keinerlei Absicht, Deutschland durch eine Okkupation gewaltsam umzugestalten⁷⁶. Das entsprach zwar der Wahrheit, jedoch glaubten Lenin und seine Anhänger, das Herannahen der Roten Armee werde in Deutschland einen proletarischen Aufstand auflösen. „Man muß zuweilen versuchen, mit dem Bajonett zu untersuchen, wie reif eine Situation ist“, sagte Lenin zu Delegierten der KPD auf dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale vom Juli/August 1920⁷⁷, und er war überzeugt davon, daß die Situation tatsächlich reif genug war⁷⁸.

In Deutschland wuchs unterdessen bei der SPD die Beunruhigung über den sowjetischen Vormarsch. Es bestehe kein Grund zum Jubel über russische Siege, hatte der *Vorwärts* bereits in einem Leitartikel zum gemeinsamen Aufruf vom 8. August geschrieben. Deutschland habe ein Interesse an der Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland. „Aber wir haben das gleiche Interesse daran, daß auch das polnische Volk auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes sein eigenes Staatswesen bilden kann.“⁷⁹ Die versteckten Befürchtungen, die sich in dieser Formulierung finden, wurden schon zwei Wochen später manifest, und es hat den Anschein, als ob Martows Mitteilungen an Stein und Kautsky dabei eine Rolle spielten.

Das sowjetische Bekenntnis zur Selbständigkeit Polens sei wenig glaubhaft, erklärte Otto Wels, Mitvorsitzender der SPD seit dem Weimarer Parteitag, am 25. August 1920 vor dem Parteiausschuß. „Im vertrauten Kreise“ habe Viktor Kopp, der Vertreter der Sowjetregierung in Deutschland, erklärt, Sowjetrußland werde selbstverständlich Polen

⁷⁴ Deutscher, *Der bewaffnete Prophet*, S. 433 f.

⁷⁵ Lux, *Lenins außenpolitische Konzeptionen*, S. 187 f.; Dallin, *Between the World War and the NEP*, S. 222.

⁷⁶ ADAP Serie A, Bd. 3, S. 291 f. (Schreiben Kopps an Ministerialdirektor von Maltzan vom 22. Juni 1920) und S. 495–500 (Schreiben Čičerins an Außenminister Simons vom 2. August 1920); „Keine Bedrohung Deutschlands durch Rußland!“ LVZ Nr. 141 vom 23. 7. 1920.

⁷⁷ Esther Dischereit: Rose Fröhlich – ein Leben für den Sozialismus, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 35 (1988) S. 157–162, hier: S. 158.

⁷⁸ Artur Crispian: *Ein Proletarierleben für das Proletariat*. (Typoskript) AsD Bonn, Nl. Crispian, S. 8. Für diese Haltung Lenins gibt es noch weitere Zeugnisse. Vgl. Lux, *Lenins außenpolitische Konzeptionen*, S. 186; Margarete Buber-Neumann: *Kriegsschauplätze der Weltrevolution*. Stuttgart 1967, S. 24. Bei den vereinzelt sowjetischen Interventionsversuchen in Deutschland handelte es sich höchstwahrscheinlich um nicht autorisierte Einzelaktionen. So berichtete der mehrheitssozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Sidow am 4. Juni 1920 an die Reichsregierung über entsprechende Sondierungen eines unbekanntenen Russen in Brandenburg; Akten der Reichskanzlei. Das Kabinett Müller I, 27. März bis 21. Juni 1920. Bearb. von Martin Vogt. Boppard 1971, S. 309 f. In den ostpreußischen Städten Straßburg und Soldau hatten Einheiten der Roten Armee versucht, örtliche Sowjets einzurichten. Sie zogen sich auf deutschen Protest jedoch schnell wieder zurück. Friedrich A. Krummacher, Helmut Lange: *Krieg und Frieden. Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen*. München 1970, S. 93; Linke, *Deutsch-sowjetische Beziehungen*, S. 117.

⁷⁹ „Sichert den Frieden“, *Vorwärts* Nr. 394 vom 8. 8. 1920.

und jedes andere Land, in dem es die Macht dazu habe, sowjetisieren. Neben Polen und Litauen könne Ostpreußen am ehesten von einer derartigen Entwicklung betroffen werden, erklärte Wels⁸⁰. Er berichtete außerdem über ein Gespräch mit einem Emissär der polnischen sozialdemokratischen Partei PPS, der die Bitte um Unterstützung der SPD für die Rettung der polnischen Selbständigkeit überbracht habe⁸¹. War Wels diesem wegen der deutsch-polnischen Spannungen noch recht reserviert gegenübergetreten, so scheint eine Aufforderung von „rechten Unabhängigen Parteiführern“, den Russen klarzumachen, daß die Nichtanerkennung der Selbständigkeit Polens die Haltung des westeuropäischen Proletariats ihnen gegenüber negativ beeinflussen würde, ihn stärker beeindruckt zu haben. Der Parteivorstand habe daraufhin ein Schreiben an das Büro der Zweiten Internationale in Brüssel geschickt, mit dem Ziel, die westeuropäische, vor allem auch die britische Arbeiterbewegung über den wahren Charakter des polnisch-sowjetischen Krieges aufzuklären. Adolf Braun, der ohnehin in Parteianglegenheiten nach England gereist sei, sei ebenfalls entsprechend instruiert worden⁸².

Schon eine Woche vor der Sitzung des Parteiausschusses, als in Polen die Schlacht um Warschau anhub, hatte der *Vorwärts* an die Adresse Sowjetrußlands die Mahnung gerichtet, es würde sich, sollte es Polen ein Sowjetsystem aufzwingen, die Sympathien der europäischen Arbeiterklasse verscherzen, „die eigentlich noch mehr Gegnerschaft gegen die Feinde Sowjetrußlands und gegen die drohende Weltreaktion sind“⁸³. Und einen Tag später erklärte im selben Blatt der emigrierte Menschewik Paul Olberg in einem Leitartikel, die westeuropäische Arbeiterschaft, die die Ententehilfe für den polnischen Imperialismus verhindert habe, müsse nunmehr darauf drängen, „daß der polnisch-russische Friede nicht eine Fortsetzung der Friedensschlüsse von Brest-Litowsk, Versailles und Saint-Germain wird“⁸⁴.

Offenkundig versuchte die SPD, eine internationale Kampagne für den Erhalt der polnischen Selbständigkeit einzuleiten, die allerdings schon wenig später durch den Wandel des Kriegsglücks überflüssig wurde. Auffallend ist dabei, daß der entscheidende Impuls hierzu aus der USPD kam. Die von Wels namentlich nicht genannten rechten USPD-Führer mußten demnach über exklusive Informationen verfügen, die sie zum einen bewogen, sich an die Mehrheitssozialdemokraten zu wenden, und die diese zum anderen von der Notwendigkeit überzeugten, entsprechend der Aufforderung der Informanten aus der USPD aktiv zu werden. Wels erwähnte nicht, wer ihm die Äußerungen Koppys zugetragen hatte. Auch hierfür kämen möglicherweise Mitglieder der USPD in Betracht, von denen eine Reihe ja bis zu deren Ausweisung gute Beziehungen zur sowjetischen Botschaft unterhalten hatten. Der Reichstagsabgeordnete Oscar Cohn hatte sich auch danach, im Sommer 1919 als Vermittler zwischen mehrheitssozialdemokratischen Ministern und Viktor Kopp betätigt. Sehr wahrscheinlich aber waren die Informanten über Koppys Äußerungen nicht identisch mit den von Wels erwähnten

⁸⁰ Prot. Parteiausschuß 25. 8. 1920, S. 3 [975].

⁸¹ Ebenda, S. 2 [974].

⁸² Ebenda, S. 3 [975]; zu der massiven Generalstreikdrohung von Labour Party und Gewerkschaften gegen eine britische Intervention zugunsten Polens Anfang August siehe Braunthal, Internationale, Bd. 2, S. 204–206; Graubard, British Labour, S. 105–107.

⁸³ „Um Warschau“, *Vorwärts* Nr. 410 vom 18. 8. 1920.

⁸⁴ Paul Olberg: Die osteuropäische Frage, in: *Vorwärts* Nr. 413 vom 19. 8. 1920. Im selben Tenor: Heinrich Ströbel: Zwei Gefahren, in: *Vorwärts* Nr. 429 vom 28. 8. 1920.

„rechten Unabhängigen Parteiführern“, da zu diesem Zeitpunkt, als bereits die Spaltung der USPD im Gange war, Exponenten des rechten USPD-Flügels kaum zu Kopps „vertrautem Kreise“ gehört haben dürften. Daraus aber folgt, daß die anonymen rechten Unabhängigen über andere entscheidende Informationen verfügten.

Es ist daher anzunehmen, daß Kautsky und Stein, die durch Martow über die zweifelhaften Absichten der Bolschewiki informiert worden waren, die anonymen Kontaktpersonen waren. Dafür spricht auch, daß die Aufforderung, der Sowjetregierung den Schaden für ihr Ansehen beim europäischen Proletariat im Falle der Nichtachtung der polnischen Selbständigkeit zu verdeutlichen, sich genau in die Strategie einfügt, die Martow für eine solche Entwicklung entworfen hatte. Überdies erwähnte Wels in einem anderen Zusammenhang, daß der Parteivorstand Kontakt zu Kautsky hatte⁸⁵.

Bezeichnend an dem Vorgang ist, daß Kautsky und Stein, wenn sie denn die anonymen Unabhängigen waren, sich an die SPD gewandt hatten. In der USPD hatte eine offene Kritik an Sowjetrußland im Sommer 1920 keine Chance mehr, gehört zu werden. Seine Attraktivität bei den Anhängern der USPD verdankte der Sowjetstaat einer Kombination mehrerer Faktoren. Der von Robert F. Wheeler, aber auch bereits von Zeitgenossen wie Heinrich Ströbel beobachtete, einem System kommunizierender Röhren gleichende Zusammenhang zwischen wachsender Enttäuschung über die Ergebnisse der deutschen Revolution und steigender Begeisterung für das sowjetische Modell wirkte fort⁸⁶.

Mangel an Enttäuschungen und Mißerfolgen herrschte für die Linke nicht. Die Sozialisierung war steckengeblieben, die Arbeiterräte erschienen in dem neuen Betriebsrätegesetz als Karikaturen ihrer selbst, und bei einer ohne klare Vorstellungen über den Ablauf organisierten Demonstration gegen dieses Gesetz am 13. Januar gab es als Folge einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit der Sicherheitswehr 42 Tote und 105 Verletzte. Zwar gelang es, den Kapp-Putsch vom März 1920 abzuwehren, aber der Versuch der „Roten Ruhrarmee“, den Generalstreik zu einer revolutionären Aktion zuzuspitzen, wurde im April von einer rachedurstigen Soldateska aus Reichswehr und Freikorps blutig niedergeschlagen⁸⁷. Dazu kam das Nachkriegselend, das der Versailler Vertrag nicht eben zu lindern versprach. Sowjetrußland, in dem die Herrschaft des Kapitals beseitigt war und das sich gegen die innere Konterrevolution und die alliierte Intervention durchgesetzt hatte, erschien unter diesen Voraussetzungen als ein positives Gegenbild.

Große Teile der Linken schauten auf Sowjetrußland wie auf einen großen Bruder, der die Kämpfe, in denen man selbst unterlegen war, erfolgreich bestand. Die Solidarität vermittelte dabei auch das Gefühl, Seite an Seite mit dem revolutionären Sieger zu stehen. Wilhelm Dittmann erinnert sich daran, daß das Gefühl der Verbundenheit nach dem Rückschlag der russischen Offensive nicht abblaute:

„Die politische Atmosphäre, die wir nach unserer Rückkehr aus Rußland in Berlin antrafen, war erfüllt von den Rückwirkungen des russisch-polnischen Krieges. Der anfängliche russische Erfolg war in eine Niederlage umgeschlagen [...] Durch den russische Rückschlag war der in der ersten, den Russen günstigen Phase des Krieges, in den deutschen Militärkreisen und im reaktionären Teil

⁸⁵ Prot. Parteiausschuß, 25. 8. 1920, S. 8 [980].

⁸⁶ Wheeler, „Ex oriente lux?“ S. 40; Heinrich Ströbel: Die deutsche Revolution. Ihr Unglück und ihre Rettung. Berlin 1920, S. 187; siehe auch Dittmann, Erinnerungen, S. 1106.

⁸⁷ Winkler, Revolution, S. 288–290 und S. 324–342.

des Bürgertums emporgeschossene ‚Nationalbolschewismus‘ wieder im Abflauen. Anders in der Arbeiterschaft. Dort hatte der ursprüngliche Vormarsch der ‚Roten Armee‘ in Polen für die kommunistische Parole ‚Mit der ‚Roten Armee‘ an den Rhein gegen die Entente‘ einen gewaltigen Widerhall geweckt und die Massen gepackt. Der dann eingetretene russische Mißerfolg steigerte nur die Sympathie und das Solidaritätsgefühl für die ‚Rote Armee‘ und für Sowjetrußland. Ein gefährlicher Massenwahn hatte alle Vernunft verdrängt, eine wahre Psychose beherrschte die Massen. Man wollte Sowjetrußland helfen und sich von ihm helfen lassen, zur Macht zu kommen.“⁸⁸

Mit den Aktionen gegen die Waffentransporte hatten die radikalen deutschen Arbeiter erstmals ihre Solidarität mit Sowjetrußland auch praktisch unter Beweis stellen können. Der Schriftsteller Joseph Roth, der den polnisch-sowjetischen Krieg als Sonderberichterstatte der *Neuen Berliner Zeitung – 12-Uhr-Blatt* verfolgte, notierte sogar, es seien regelmäßig Arbeiter aus dem Rheinland nach Königsberg gekommen, um sich von dort aus zur Roten Armee durchzuschlagen und sich als Freiwillige zu melden⁸⁹.

Die Sympathie für Sowjetrußland war keineswegs nur eine Sache der linken Unabhängigen. So bekundete Rudolf Breitscheid seine erfreute Zustimmung, als der parteilose Außenminister Simons in einer umstrittenen Rede Ende Juli im Reichstag erklärte, in Sowjetrußland gebe es eine „geradezu enorme aufbauende Wirtschaft“ mit „vorbildlichen Zügen“⁹⁰.

Es gibt allerdings Hinweise darauf, daß die Haltung einiger USPD-Politiker vom rechten Flügel zu Sowjetrußland mindestens teilweise durch taktische Rücksichten auf die sowjetbegeisterte Basis bedingt war. So deutete Rudolf Breitscheid nach der Spaltung der USPD an, man habe zum Teil nur so getan, als ob man die sowjetische Situation ganz in rosigen Farben sähe⁹¹. Und bereits Anfang Mai hatte Alexander Stein an Paul Axelrod in die Schweiz geschrieben: „Ich habe gehört, daß Sie mit unserer Position unzufrieden sind, speziell mit meiner ‚Passivität‘. Da Sie unsere Arbeit aus der Ferne verfolgen, können Sie tatsächlich Grund zur Unzufriedenheit haben. Aber bei einer näheren Bekanntschaft mit unseren *inneren* Schwierigkeiten werden Sie die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit unserer taktischen Linie verstehen.“⁹²

Der Zusammenhang ist eindeutig. Axelrod sah seine Hauptaufgabe seit der Oktoberrevolution in der Aufklärung der westlichen Arbeiterbewegung über den wahren Charakter des Bolschewismus, und Stein war der Vertrauensmann der Menschewiki in der deutschen Sozialdemokratie. Der Vorwurf der Passivität kann sich also nur auf einen Mangel an Aktivität im Kampf gegen Illusionen über Sowjetrußland beziehen.

⁸⁸ Dittmann, *Erinnerungen*, S. 1151; vgl. auch Friedrich Stampfer: *Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik*. Karlsbad 1936, S. 186; ähnlich Geyer, *Revolutionäre Illusion*, S. 200.

⁸⁹ Joseph Roth: *Die Rote Armee*, in: ders.: *Berliner Saisonbericht. Reportagen und journalistische Arbeiten 1920–1939*, hrsg. von Klaus Westermann. Köln 1984, S. 40–47, hier: S. 46.

⁹⁰ Wagner, *Polnisch-sowjetischer Krieg* S. 206 f.; Eber Malcolm Carroll: *Soviet Communism and Western Opinion 1919–1921* ed. by Frederic B. M. Holliday. Chapel Hill 1969, S. 147. Der Vorwärts reagierte mit einem kritischen Leitartikel auf die Debatte, in dem unter Berufung auf Äußerungen Bucharins ein pessimistisches Bild vom Stand der sowjetischen Wirtschaft gezeichnet wurde: A. Grigorjanz: *Die Wirtschaft der Bolschewiki*, in: *Vorwärts* Nr. 376 vom 29. 7. 1920.

⁹¹ Prot. USPD-PT Halle 12.–17. 10. 1920 (USPD-Rechte), S. 287 [Protokolle der USPD, Bd. 3. Glashütten 1976].

⁹² Alexander Rubinstein (Stein) an P. A. Aksel’rod, Berlin 5. Mai 1920. IISG Amsterdam, NL. Aksel’rod, 42 IV [Übersetzung aus dem Russischen].

Auch Curt Geyer, damals einer der Exponenten des linken USPD-Flügels, spricht in seinen Erinnerungen von einer taktischen Anpassung des rechten Flügels. Er habe die revolutionäre Rhetorik übernommen, sie aber ganz im Stile der alten Sozialdemokratie in eine für die Gegenwart unverbindliche Zukunftsvision umgemünzt⁹³.

Alexander Steins Behauptung von der Notwendigkeit dieser Taktik hat einiges für sich. So war Karl Kautsky wegen seiner offenen Kritik an Sowjetrußland und an den Theoremen vom Räte-system und der Diktatur des Proletariats schon Anfang 1920 in der USPD weitgehend isoliert⁹⁴. Im Sommer 1920, als die Sowjetbegeisterung infolge des polnisch-sowjetischen Krieges und der starken Mobilisierung durch die Aktionen gegen die Waffentransporte⁹⁵ ihren Höhepunkt erreicht hatte, war Kritik an Sowjetrußland in der USPD kaum noch vermittelbar. In dieser Situation fiel die Entscheidung über den Anschluß der Partei an die Komintern.

Anschluß an Moskau? Die Spaltung der USPD

Am späten Nachmittag des 16. Oktober 1920 vollzog sich in Halle auf dem Parteitag der USPD die endgültige Spaltung der Partei. Nachdem bekannt gegeben worden war, daß 236 der 392 Delegierten für den Beitritt zur Komintern gestimmt hatten, erklärte Artur Crispian, einer der beiden Parteivorsitzenden, da diese Entscheidung einem Beitritt zur KPD gleichkomme, hätten die Komintern-Befürworter aufgehört, Mitglieder der USPD zu sein. Der Parteitag werde an einem anderen Ort fortgesetzt. Unter Hochrufen auf die USPD zog die Minderheit aus dem Kongreßsaal, während die Mehrheit die „Internationale“ sang⁹⁶.

„Die Hauptfrage auf der Konferenz in Halle bildete das Verhältnis zu Sowjetrußland“, schrieb Grigorij Sinowjew, der Vorsitzende der Kommunistischen Internationale, der auf Einladung der USPD-Linken nach Deutschland gekommen war⁹⁷. Sinowjew hatte recht. Zwar ging die Diskussion formell um die bekannten „21 Bedingungen“, die die Komintern auf ihrem zweiten Kongreß allen beitragswilligen Parteien gestellt hatte, doch die Mehrheit nahm die nicht allzu populären Bedingungen in Kauf, weil bei ihr das Gefühl der Solidarität mit Sowjetrußland die Bedenken überwog⁹⁸. Der rechte Flügel stellte zwar die Einwände gegen die Bedingungen stark heraus – so die Furcht vor einer völligen Abhängigkeit von Moskauer Instanzen und die Ablehnung der in ihnen festgelegten gewerkschaftsspalterischen Taktik⁹⁹ –, doch betrachtete er sie als

⁹³ Geyer, *Illusion*, S. 138.

⁹⁴ Karl Kautsky: *Mein Lebenswerk*, in: Benedikt Kautsky (Hrsg.): *Ein Leben für den Sozialismus. Erinnerungen an Karl Kautsky*. Hannover 1954, S. 11–34, S. 32. Vgl. auch Kautsky: *Mein Verhältnis zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Ein Rückblick*. Berlin 1922.

⁹⁵ Diese hebt auch Reisberg, *Lenins Beziehungen*, S. 399, hervor.

⁹⁶ Prot. Außerordentl. USPD-PT Halle 12.–17. 10. 1920, S. 261. Da die USPD-Rechte mit einem solchen Ausgang des Parteitages gerechnet hatte, hatte sie vorausschauend bereits ein anderes Tagungsort angemietet; Crispian, *Proletarierleben*, S. 9.

⁹⁷ G. Sinowjew: *Zwölf Tage in Deutschland*. Hamburg 1921, S. 35.

⁹⁸ Wheeler, *USPD*, S. 245.

⁹⁹ Vgl. Tony Sender: *Diktatur über das Proletariat oder: Diktatur des Proletariats. Das Ergebnis von Moskau*. Frankfurt o.J. [1920]. Zur Rolle der USPD-Gewerkschafter Günther Högl: *Gewerkschaften und USPD von 1916–1922. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Metallarbeiter-, Textilarbeiter- und Schuhmacherverbandes*. (Diss.) München 1982, S. 341–357; Sinowjew, *Zwölf Tage*, S. 19.

Folgen einer spezifisch sowjetrussischen Politik. Dies sowie die Begegnungen und Erlebnisse der Vertreter des rechten Flügels der USPD auf dem Kominternkongreß führten dazu, daß gerade der rechte USPD-Flügel die Auseinandersetzung um den Beitritt zur Kommunistischen Internationale weithin auch als eine Debatte über Sowjetrußland führte.

Gemäß dem Beschluß des Leipziger Parteitages hatte das Zentralkomitee der USPD Kontakte zu verschiedenen linkssozialistischen Parteien und zur Komintern aufgenommen, um über die Bildung einer umfassenden Internationale zu verhandeln. Bei einer Reihe europäischer Linksparteien war die Initiative auf gute Resonanz gestoßen¹⁰⁰. Die Komintern jedoch reagierte mit einem offenen Brief, in dem eine „Säuberung“ der USPD und die Verschmelzung mit der KPD zur Voraussetzung für den Kominternbeitritt gemacht wurden¹⁰¹.

Im Sommer fuhr dann eine Delegation der USPD zum zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale nach Rußland, um dort über die Modalitäten eines Beitritts zu verhandeln. Sie bestand aus je zwei Mitgliedern des linken und des rechten Flügels, Ernst Däumig und Walter Stoecker auf der einen, Artur Crispian und Wilhelm Dittmann auf der anderen Seite. Den Verlauf der Verhandlungen hat Robert F. Wheeler detailliert beschrieben. Der Kominternführung gelang es, die Gegensätze in der USPD bis zu einer unüberbrückbaren Spaltung zu verschärfen. Ebenso verschärft wurden die Beitrittsbedingungen, zu denen jetzt unter anderem die Entfernung von Reformisten und „Zentristen“ von allen verantwortlichen Positionen, der Ausschluß „notorischer Opportunisten“ wie Kautsky und Hilferding sowie die Bestimmung gehörte, daß die Leitungsgremien der Partei zu zwei Dritteln mit Mitgliedern zu besetzen seien, die sich schon vor dem zweiten Kongreß für den Beitritt zur Komintern ausgesprochen hatten¹⁰². Hier interessiert mehr die Wirkung, die die unmittelbare Begegnung mit Sowjetrußland auf die Delegierten hatte. Auch in dieser Hinsicht spiegelt sich der Riß, der durch die USPD-Delegation ging, deutlich wider.

Däumig und Stoecker blieben in ihrem Enthusiasmus für das Land der proletarischen Revolution unbeeinträchtigt, während bei Dittmann und Crispian eine möglicherweise schon vorhandene Skepsis zu scharfer Kritik an der sowjetischen Wirklichkeit führte. Unangenehm berührte sie der Kontrast zwischen der guten Versorgung der Kongreßdelegierten und der Not der einheimischen Bevölkerung¹⁰³. Große Bedeutung für das

¹⁰⁰ Bericht des ZK USPD in: Freiheit Nr. 244 vom 25. 6. 1920, Beilage und ebenda Nr. 246 vom 26. 6. 1920, Beilage.

¹⁰¹ Bibliothek der Kommunistischen Internationale. Bd. 1: Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des ersten Kongresses. Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum zweiten Kongreß. Hamburg 1920 [Reprint Mailand 1967], S. 195 ff. Zur Entstehungsgeschichte des Antwortschreibens: Rokitjanski, V. I. Lenin i NSDPG, S. 33 f.; Krause, USPD, S. 118 f.; Wheeler, USPD, S. 205–208.

¹⁰² Wheeler, USPD, S. 213–231. Die „21 Bedingungen“ sind abgedruckt bei Braunthal, Internationale, S. 557–561.

¹⁰³ Dittmann, Erinnerungen, S. 1127 f.; A. Crispian: Pamjati Marotva [Dem Andenken Martovs], in: Socialističeskij Vestnik Nr. 8/9 vom 24. 4. 1923. Eindrucksvoll beschreibt der Linkskommunist Victor Serge die Situation und die Bewußtseinslage der Kongreßdelegierten: „Luxuriös ernährt mitten im allgemeinen Elend (obwohl man ihnen in Wirklichkeit zuviel verdorbene Eier servierte), durch Museen zu musterhaften Kindergärten geführt, machten die Delegierten des Weltsozialismus den Eindruck, als fühlten sie sich im Urlaub oder als reisten sie als

Rußlandbild der beiden „rechten“ USPD-Delegierten hatte eine Begegnung mit dem Zentralkomitee der Menschewiki. Däumig und Stoecker hatten einen offiziellen Besuch des Zentralkomitees abgelehnt. Eine rein private Begegnung, wie sie Stoecker und Däumig vorgeschlagen hatten, lehnten Martow, Abramowitsch und die anderen ZK-Mitglieder ab¹⁰⁴. Nicht nur sprachlich – Abramowitsch verfügte über gute Deutschkenntnisse –, auch politisch verstanden sich die beiden Unabhängigen mit den Menschewiki auf Anhieb gut. Man stellte eine große politische Übereinstimmung fest, und der Besuch vermittelte den deutschen Delegierten, wie Dittmann sich erinnert, wichtige Einblicke in die tatsächlichen Verhältnisse in Rußland¹⁰⁵. In Dittmanns Nachlaß befinden sich einige Notizen, die bei diesem Gespräch entstanden sind. Sie beziehen sich insbesondere auf politische Verfolgungen. So hielt Dittmann fest, daß die jüngsten Repressionen gegen die Menschewiki mit der verleumderischen Behauptung begründet worden waren, sie seien Helfershelfer der Polen, und er notierte, daß allein vom 15. Juni bis 15. Juli 1920 893 Erschießungen aufgrund von Urteilen des Revolutionstribunals stattgefunden hatten. Unter anderem findet sich auch eine Notiz darüber, daß die neue Regierung in großem Umfang „die alten Zarenspitzel“ in Dienst gestellt habe¹⁰⁶.

Eine zweite bedeutsame Erfahrung für Crispian und Dittmann war das Schicksal der ersten deutschen Auswanderergruppe nach Sowjetrußland, an dem sie selbst unmittelbaren Anteil hatten. Der Wunsch, nach Rußland auszuwandern, war 1919/20 vor allem unter Arbeitern weit verbreitet. Es war nicht nur der revolutionäre Nimbus des Landes, der es attraktiv erscheinen ließ. Auch die Überlegung, daß dort wegen der zerrütteten Wirtschaft Fachkräfte dringend gebraucht würden und sich eine auskömmliche Existenz schaffen könnten, während man Deutschland – obwohl die Arbeitslosigkeit inflationsbedingt sehr gering war – für ein überbevölkertes Land hielt, spielte eine Rolle¹⁰⁷. Die „Interessengemeinschaft der Auswandererorganisationen nach Sowjetrußland“, die sich Ende 1919 konstituiert hatte, bezifferte Anfang März 1920 ihre Mitgliederzahl auf 100 000. Die Hälfte von ihnen soll bereitgewesen sein, sofort nach Sowjetrußland überzusiedeln¹⁰⁸. Zwei Delegationen, die zur Sondierung nach Rußland entsandt worden waren, kehrten mit der Botschaft zurück, in Rußland sei alles, was man zum Leben benötige, reichlich vorhanden. Geld brauche man nicht, Lebensmittel müßten nur für den Transport mitgenommen werden¹⁰⁹. Eine Expertenbefragung des ADGB im Som-

Touristen durch unsere ausgeblutete belagerte Republik. Ich entdeckte eine neue Form der Unbewußtheit, die marxistische Unbewußtheit. [...] Die Sozialdemokraten dagegen waren voll von kritischem Geist und von Unverständnis. Bei den Besten von ihnen – ich denke an die Deutschen Däumig, Krispian [sic!], Dittmann – litt ein friedlich verbürgerlichter sozialistischer Humanismus unter dem rauhen Klima der Revolution, und zwar so sehr, daß sie sich jeder Strenge des Denkens widersetzen.“ Victor Serge: Erinnerungen eines Revolutionärs 1901–1941. Hamburg ³1977, S. 121 f.

¹⁰⁴ Dittmann, Erinnerungen, S. 1127.

¹⁰⁵ Ebenda; Abramovič, Menševiki i Socialističeskij internacional, S. 261.

¹⁰⁶ AsD Bonn, Nl. Dittmann, Kasette V (Moskaureise), Nr. 24 und 25.

¹⁰⁷ Engelbert G. Graf: Wir wandern aus, in: Freiheit Nr. 425 vom 4. 9. 1919. Kritisch dazu: „Die Bilanz des Bolschewismus“, Vorwärts Nr. 453 vom 5. 9. 1920; Arthur Heichen: Rußland und wir, in: NZ Nr. 24 vom 12. 3. 1920, S. 545–551, hier: S. 547 f.

¹⁰⁸ Peter Schmalfuß: Die Bewegung proletarischer deutscher Auswanderer nach Sowjetrußland 1919 bis 1921, in: BzG 28 (1986) S. 29–44, hier: S. 30 und S. 35.

¹⁰⁹ August Rathmann: Ein Arbeiterleben. Erinnerungen an Weimar und danach. Wuppertal 1983, S. 28.

mer 1920 hatte dagegen ergeben, daß auswärtige Arbeiter in Sowjetrußland vorläufig keine Existenz finden könnten¹¹⁰.

Für den ersten Transport hoffnungsvoller Auswanderer nach Rußland kam diese Warnung zu spät. 202 Männer, 26 Frauen und 23 Kinder, schifften sich am 13. Juli 1920 in Stettin auf dem Dampfer „Oberbürgermeister Haken“ ein, mit dem auch die deutschen Delegierten zum zweiten Kominternkongreß fuhren. Etwa 80 Männer wollten sich im Gouvernement Saratow als Siedler niederlassen, 120 sollten in einer Lokomotivenfabrik bei Kolomna, etwa 110 Kilometer südöstlich von Moskau, arbeiten¹¹¹. Einen Tag vor Schluß des Kongresses, am 7. August, fuhren die USPD-Delegierten mit dem Leiter der Fürsorgestelle für deutsche Kriegsgefangene in Moskau, Gustav Hilger, in dessen Auto nach Kolomna. Die deutschen Arbeiter, die sie dort antrafen, waren zutiefst enttäuscht. Die Auswanderungsagenten hätten sie belogen und betrogen, erklärten sie. Sie beklagten sich über niedrige Löhne, die nicht einmal das Existenzminimum deckten, über mangelhafte Ernährung und die schlechte Arbeitsmoral der russischen Kollegen, von denen viele nur in die Fabrik gekommen seien, um den „paëk“, die staatliche Nahrungsmittelzuteilung, zu erhalten. Sie sabotierten überdies die Arbeit der anderen. Davon, daß der Zustand des Betriebes viel zu wünschen übrig ließ, konnten sich die Besucher bei einem Rundgang selbst überzeugen. „Arbeitsstücke und Werkzeuge lagen vielfach defekt umher, Maschinen, die stillstanden, waren offensichtlich verwahrlost“, berichtet Dittmann¹¹². Angesichts dieser Verhältnisse wollten die meisten deutschen Arbeiter, von denen die Mehrzahl der USPD und der KPD angehörte, nur noch so schnell wie möglich zurück nachhause. Die russische Regierung verweigerte ihnen jedoch die Rückreise. Die deutschen Delegierten versprachen, sich für sie einzusetzen und wandten sich deswegen mit Erfolg an Sinowjew und andere hohe Funktionäre¹¹³.

Unmittelbar nach der Rückkehr der Delegierten aus Rußland begann in der USPD eine heftige Auseinandersetzung über die „21 Bedingungen“, die von Däumig und Stoecker akzeptiert wurden, vielen USPD-Mitgliedern aber schlichtweg als unannehmbar oder Ausdruck einer Diktatur über das Proletariat erschienen¹¹⁴. Nicht weniger kontrovers aber war die Diskussion über zwei Artikel, in denen Wilhelm Dittmann über seine Erfahrungen in Rußland berichtete. Konnte der erste, in dem er über die Begegnung mit den Arbeitern in Kolomna berichtete und der naturgemäß eine Reihe von unbequemen Wahrheiten über Sowjetrußland enthielt, noch vorwiegend als eine

¹¹⁰ Quellen zur Gewerkschaftsbewegung, Bd. 2: Die Gewerkschaften in den Anfangsjahren der Republik 1919–1923. Bearb. von Michael Ruck. Köln 1985. Dok. 17: 17./18. 8. 1920: Sitzung des Bundesausschusses, S. 201–211, hier: S. 210f.; „Wie können wir Rußland helfen?“, Korrespondenzblatt Nr. 36 vom 4. 9. 1920, S. 483. Vor der Auswanderung warnt auch die wahrscheinlich im Frühsommer 1920 anonym erschienenen Broschüre Was erwartet den deutschen Arbeiter in Sowjetrußland? O. O. 1920, die anhand offizieller sowjetischer Daten das Bild einer katastrophalen ökonomischen Lage in Rußland zeichnet.

¹¹¹ Schmalfuß, Auswanderer, S. 38.

¹¹² Wilhelm Dittmann: Deutsche Arbeiter in Rußland, in: Freiheit Nr. 358 vom 31. 8. 1920; Gustav Hilger: Wir und der Kreml. Frankfurt a. M., Berlin 1955, S. 118.

¹¹³ Ebenda. Bis zum 15. 2. 1921 waren rund 100 Arbeiter aus Kolomna heimgereist; Schmalfuß, S. 39.

¹¹⁴ Wheeler, USPD, S. 229–258.

Warnung vor unbedachter Auswanderung nach Sowjetrußland verstanden werden¹¹⁵, so machte der zweite, in dem er unter anderem die von den Menschewiki erhaltenen Informationen verarbeitete, seine eigentliche Absicht endgültig und unmißverständlich deutlich: Dittmann eröffnete eine zweite Front im Streit über den Anschluß an die Komintern. Nicht allein der Katalog der „21 Bedingungen“, auch die Tauglichkeit des sowjetischen Modells stand jetzt zur Debatte.

In seinem zweiten Artikel¹¹⁶ verband Dittmann bekannte Postulate der sozialdemokratischen Bolschewismuskritik mit den neuen Informationen, die er aus Moskau mitgebracht hatte. Die Ursache für die Diktatur der Bolschewiki sei die politische Unreife der Bevölkerung, die zu 75 Prozent aus ungebildeten Bauern bestehe. Die Masse der Mitglieder der kommunistischen Partei habe vom Sozialismus keine Ahnung und betrachte das Mitgliedsbuch „als Anwartschaft auf irgendein Amt in der Sowjetbürokratie“. Die Partei und damit das ganze Land werde von einer kleinen Elite von Führern diktatorisch beherrscht. „Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit und persönliche Freiheit sind für andere als Kommunisten so gut wie aufgehoben, die Wahlen zu den Sowjetkörperschaften erfolgen öffentlich in Versammlungen, geheime Wahl ist verboten. Die Wahlen sind meist indirekte und erfolgen unter terroristischem Druck, so daß ein Opposition schwer aufkommen kann, unbequeme Wahlen werden kassiert“, schrieb Dittmann¹¹⁷. Das waren Töne, wie man sie in der USPD seit der deutschen Revolution nicht mehr gehört hatte. Besonderes Gewicht erhielten diese Schilderungen dadurch, daß Dittmann mit der Autorität eines Augenzeugen sprach. Eine Woche später stellte er fest, seine Artikel seien in der Parteipresse vielfach nachgedruckt worden und hätten „gewirkt wie Bomben“¹¹⁸. Allerdings war diese Wirkung zwiespältig, und es wirkte sich ungünstig für Dittmann aus, daß sich auch die rechtsradikale *Deutsche Tageszeitung* beeilte, seine Berichte wiederzugeben¹¹⁹. Aber dafür, daß sich nicht nur die Kommunisten¹²⁰, sondern auch die linken Unabhängigen auf Dittmann einschossen, hätte es dessen wohl nicht bedurft.

¹¹⁵ Dittmann, *Deutsche Arbeiter*.

¹¹⁶ Wilhelm Dittmann: Die Wahrheit über Rußland, in: *Freiheit* Nr. 360 vom 1. 9. 1920.

¹¹⁷ Ebenda.

¹¹⁸ Wilhelm Dittmann: Die Pflicht zur Wahrheit, in: *Freiheit* Nr.372 vom 8. 9. 1920. Die LVZ brachte Dittmanns Artikel jeweils zwei Tage später, LVZ Nr. 176 vom 2. und Nr. 177 vom 3. 9. 1920; ausführliche Auszüge brachten der Vorwärts („Der große Betrug“, Nr. 434 vom 1. 9. 1920) und die Sozialdemokratische Parteikorrespondenz (SPK) („Dittmanns Artikel über Sowjet-Rußland“, Nr. 12 vom 18. 9. 1920); außerdem erschienen sie in der Broschüre *Die Wahrheit über Rußland. Die Auswanderung nach Sowjet-Rußland und das Diktat der Dritten Internationale. Mitteilungen der deutschen U.S.P.-Moskau-Delegierten und anderer Zeugen. Zusammengestellt und eingeleitet von A. Franke. Hrsg. von „Aufbauen und Werden“, Gesellschaft für praktische Volksaufklärung und Steigerung der nationalen Arbeitskraft. Berlin [September] 1920.*

¹¹⁹ Döser, *Rechtspresse*, S. 90 und S. 160 („Wie es im Sowjetparadies aussieht“ DTZ Nr. 419 vom 1. 9. 1920).

¹²⁰ „Die Wahrheit der rechtsunabhängigen Helden“, *Rote Fahne* Nr. 172 vom 2. 9. 1920. Lenin sagte in einem Interview mit einem englischen Journalisten: „Die Hinrichtungen scheinen Dittmanns Empörung erregt zu haben, aber in solchen Fällen, wie er sie im Auge hat, versteht es sich von selbst, daß revolutionäre Arbeiter Menschewisten hinrichten, eine Tatsache, die selbstverständlich ihm nicht zusagen kann.“ „Der Endkampf in der Unabhängigen Partei“, SPK Nr. 13 vom 23. 10. 1920.

Robert F. Wheeler stuft Dittmanns Artikel als Ausdruck einer tiefen Enttäuschung über die Erlebnisse in Rußland ein, hält ihre Publikation aber für einen taktischen Fehler. Dies hätte Dittmann und seine politischen Freunde in den Ruch des „Antibolschewismus“ gebracht, somit ihre Glaubwürdigkeit erschüttert und in nicht unerheblichem Maße dazu beigetragen, „daß das weit verbreitete Unbehagen an den ‚21 Bedingungen‘ allmählich hinter eine Art Abstimmung für oder gegen Moskau, das heißt für oder gegen die russische Revolution zurücktrat“¹²¹. Dem sind zunächst einmal Wheelers eigene Befunde entgegenzuhalten, stellt er doch selbst fest, daß der „Drang nach Moskau“ vor allem an der Basis der USPD besonders stark ausgeprägt war, die sich von den „21 Bedingungen“ im Gegensatz zu den Funktionären nicht so stark betroffen fühlte¹²². Wheeler verkennt aber auch, daß Dittmann nicht aus rein taktischen, sondern aus prinzipiellen Gründen handelte. Tatsachen von essentieller Bedeutung für die Entwicklung der Arbeiterbewegung zu verschweigen, hätte nach seiner Ansicht gegen das Postulat von der Selbstbefreiung des Proletariats verstoßen¹²³.

Dittmanns Vorstoß entsprang der Entwicklungslogik des Konflikts¹²⁴, denn die „21 Bedingungen“ wurden von ihren Gegnern als der Versuch der Bolschewiki betrachtet, ihre spezifisch russischen Gegebenheiten entsprechende Taktik auch der USPD aufzuzwingen. Von der Kritik an der „Diktatur über das Proletariat“ wie sie die Moskauer Kominternzentrale über die Mitgliedsparteien der Dritten Internationale ausüben wollte, zur Kritik der „Diktatur des Proletariats“ wie sie die Sowjetregierung in Rußland praktizierte, war es aber nur ein – unausweichlicher – Schritt. Dieser Schritt der USPD-Rechten wurde nicht erst mit der Veröffentlichung von Dittmanns Artikeln unternommen, sondern bereits noch in Rußland, als Crispian und Dittmann die Menschewiki Martow und Abramowitsch zur Teilnahme am bevorstehenden USPD-Parteitag einluden¹²⁵. Daß Dittmanns Artikel nicht ein isolierter „Ausfall“ in der *Freiheit* blieb, sondern von der USPD-Presse vielfach nachgedruckt wurde, bezeugt die spontane Resonanz, die die Wende vom Verschweigen unliebsamer Aspekte zur offensiven Auseinandersetzung mit Sowjetrußland unter den neuen Bedingungen fand. Im übrigen begann auch *Der Sozialist* noch im September mit dem Abdruck sowjetkritischer menschewistischer Materialien¹²⁶, und der Herausgeber Rudolf Breitscheid bemerkte selbstkritisch, Dittmanns Berichte erregten vielleicht nur deshalb soviel Aufsehen, weil in der

¹²¹ Wheeler, USPD, S. 237 f.

¹²² Ebenda, S. 245.

¹²³ Dittmann, Wahrheit.

¹²⁴ Den Einwand, die Auseinandersetzung um den Kominternbeitritt hätte sich auch ohne Dittmanns Artikel über kurz oder lang auf die Frage der Beurteilung Rußlands ausgedehnt, hat bereits Susanne Miller gegen Wheeler erhoben; Susanne Miller: *Die Bürde der Macht*. Düsseldorf 1978, S. 345, Fußnote 15.

¹²⁵ Wheeler geht auf die Begegnung in Moskau gar nicht ein. Zur Einladung und den Schwierigkeiten, ihr Folge zu leisten, siehe: Abramović, Men'seviki i Socialističeskij internacional, S. 261 und 264 f.; Getzler, Martov, S. 205 f.

¹²⁶ „Die Verkümmerng des Rätesystems in Rußland“ (Denkschrift des ZK der Menschewiki vom 20. Mai 1920), *Der Sozialist*, Nr. 37 vom 11. 9. 1920 (Vgl. dazu auch noch mit ganz anderem Tenor: Bruno Asch: *Das Ende des Rätesystems?* Ebenda, Nr. 31 vom 31. 7. 1920, S. 593–601.); L. Martow: *Diktatur und Demokratie*, ebenda, Nr. 38/39 vom 25. 9. 1920, S. 750–754, Nr. 40 vom 2. 10. 1920, S. 773–776 und Nr. 41 vom 16. 10. 1920, S. 785–790.

USPD-Presse bislang ein unzutreffend positives Bild von Rußland gezeichnet worden sei¹²⁷.

Wie bedeutsam die Beurteilung Sowjetrußlands für die innerparteiliche Auseinandersetzung in der USPD war, zeigt die Tatsache, daß zu der Reichskonferenz vom 1. bis 3. September in Berlin, deren Hauptzweck die Berichterstattung der Rußlanddelegierten war, auch der der Partei angehörende Wirtschaftswissenschaftler Karl Ballod als Referent eingeladen worden war. Ballod hatte als Experte an den sowjetisch-lettischen Friedensverhandlungen vom Mai bis Juli 1920 teilgenommen und dabei die russischen nachrevolutionären Verhältnisse aus unmittelbarer Anschauung kennengelernt¹²⁸. Er sah sie gekennzeichnet durch einen Produktionsrückgang um mehr als drei Viertel gegenüber der Vorkriegszeit, durch Bürokratisierung und Desorganisation der Wirtschaft und vor allem, aufgrund einer unerwarteten Dürre, durch eine bevorstehende Hungerkatastrophe. Deutschland habe daher von Rußland gegenwärtig nichts zu erwarten. Für die USPD bestehe kein Anlaß, sich den russischen Genossen unterzuordnen. Diese müßten vielmehr selbst erst unter Beweis stellen, daß sie den Sozialismus organisieren könnten¹²⁹.

Für die Verfechter des Anschlusses an die Dritte Internationale war das bittere Medizin. Walter Stoecker versuchte denn auch, die von Ballod genannten Zahlen zu relativieren und bezweifelte – sehr zu Unrecht, wie sich bald zeigen sollte – dessen Prognose einer bevorstehenden Hungersnot in Rußland¹³⁰. Um diese zu überwinden, würde die bolschewistische Regierung „wohl ihre Methoden ändern müssen“, sagte Ballod in einer Replik auf Stoecker¹³¹. Er sollte auch damit recht behalten.

Auch in den Berichten der Delegierten spielte neben der Stellungnahme zu den „21 Bedingungen“ das Verhältnis zu Sowjetrußland eine hervorragende Rolle. Artur Crispian warf den Bolschewiki vor, sie wendeten „alle üblen kapitalistischen Methoden an, um die Diktatur auch über Arbeiter durchzusetzen. Das kann nicht zu einem guten Ende führen.“ Er griff auch ihre Politik gegenüber Polen an: Dort seien im Gefolge der Roten Armee Exekutivkomitees marschiert, die Räte gebildet und Instanzen eingesetzt hätten, um Polen das Sowjetsystem aufzuzwingen¹³².

Ernst Däumig sprach dagegen den Kritikern der Dritten Internationale die Ehrlichkeit ab, wenn sie gleichzeitig ihre Solidarität mit Sowjetrußland bekundeten: „Jede platonische Aktion zur Unterstützung Sowjetrußlands fällt in sich zusammen bei den Angriffen der Kritik, die man gegen die 3. Internationale richtet.“¹³³

Wilhelm Dittmann wiederholte seine Kritik an Sowjetrußland und verteidigte seinen Artikel über die deutschen Auswanderer, wofür er sich erregte Zurufe einhandelte („Das war eine große Gemeinheit!“)¹³⁴. Ausgehend von seiner Darstellung der schwie-

¹²⁷ Rudolf Breitscheid: Unannehmbar!, in: Der Sozialist, Nr. 38/39 vom 25. 9. 1920, S. 729–731, hier: S. 729.

¹²⁸ Zu Ballods Biographie vgl. den Nachruf in: Das Freie Wort, Nr. 4 vom 25. 1. 1931.

¹²⁹ Prot. USPD-Reichskonferenz Berlin, 1.-3. 9. 1920, S. 140–146 [Protokolle der USPD, Bd. 2. Glashütten 1976.] Vgl. auch Ballods Ende September 1920 fertiggestelltes Buch „Sowjet-Rußland“, Berlin 1920.

¹³⁰ Prot. Reichskonferenz, S. 147–152.

¹³¹ Ebenda, S. 217.

¹³² Ebenda, S. 35.

¹³³ Ebenda, S. 42.

¹³⁴ Ebenda, S. 59.

rigen politischen und sozialen Lage in Sowjetrußland erklärte er, die Bolschewiki sähen den Ausweg aus ihren Problemen in einer Revolution im Westen, die nach russischem Muster vonstatten gehen solle. In Deutschland sei das Proletariat jedoch keine unmündige Masse, die von wenigen Führern diktatorisch geleitet werden könne¹³⁵.

Der vierte Delegierte, Walter Stoecker, kritisierte Dittmanns Ausführungen scharf. Aus ihnen spreche derselbe Geist wie aus dem Buch *Briefe aus Sowjetrußland* des Menschewisten Paul Olberg, über das Stoecker in einer Rezension geschrieben hatte, „ein Gefühl des Ekels“ habe ihn bei der Lektüre überkommen¹³⁶. In einem Land, in dem sechs Jahre der Krieg geherrscht habe, könne nicht alles rosig sein. „Dafür, daß man in so einseitiger Weise allen kleinlichen Mist und Dreck zusammenträgt, gegen ein Land, das in einem so heldenmütigen revolutionären Kampfe steht, dafür habe ich kein Verständnis“, ereiferte sich Stoecker¹³⁷. Er machte deutlich, daß die linken Unabhängigen im Gegensatz zu ihren Kontrahenten von einer baldigen Fortsetzung der Revolution ausgingen¹³⁸.

Daß die linken Unabhängigen in ihrem Revolutionsoptimismus ganz unter dem Eindruck der Ereignisse des polnisch-sowjetischen Krieges standen, zeigte sich in ihren Reaktionen auf den Vorwurf der Rechten, sie seien bereit, Deutschland zugunsten Rußlands in einen Krieg mit der Entente zu treiben. Fast schon sprachen sie Radeks Sprache. So erwiderte Curt Geyer, es sei ein „Ausfluß von Sozialpazifismus“, wenn man diejenigen der Kriegshetze verdächtige, die offen erklärten, daß der Friede von Versailles für den Fortgang ebensowenig eine unübersteigbare Grenze darstelle wie der Frieden von Brest-Litowsk¹³⁹. Ähnlich äußerte sich Ernst Däumig auf der Landesversammlung der USP Sachsens vom 12./13. September. Allerdings, so schränkte er ein, folge aus diesen Thesen nicht ohne weiteres der Krieg gegen Frankreich. „Es gibt da eine Menge Zwischenmöglichkeiten, die wir auf dem Wege einer planmäßigen revolutionären Politik herbeiführen können und müssen.“¹⁴⁰

Diesem Standpunkt entsprach es, daß die Linke nun auch die gemäßigte Haltung der USPD zu den Aktionen gegen die Waffentransporte kritisierte, insbesondere ihr Verbleiben im Aktionsbündnis nach dem Ausschluß der KPD und die Zurückhaltung gegenüber Ententetransporten, die nicht für Polen bestimmt waren. Das revolutionäre Proletariat kenne keine Neutralität. Für eine revolutionäre Massenpartei müsse der Grundsatz „Solidarität mit Sowjetrußland unter allen Umständen“ gelten¹⁴¹.

Auf dem außerordentlichen Parteitag der USPD in Halle wurde den in den Wochen

¹³⁵ Ebenda, S. 53–55.

¹³⁶ Ebenda, S. 64 f.; die Rezension Stoeckers in: *Kommunistische Rundschau*, hrsg. von Däumig, Geyer, Stoecker, Nr. 2 vom 14. 10. 1920, S. 31 f. Stoeckers Rezension entstand auf der Rückreise von Moskau. Olbergs „Briefe“ erschienen auszugsweise in der *Neuen Zeit: Petersburger Briefe*, Nr. 16 vom 18. und Nr. 17 vom 25. 7. 1919.

¹³⁷ Ebenda, S. 65.

¹³⁸ Ebenda, S. 69.

¹³⁹ Curt Geyer: *Die USPD am Scheidewege*, in: Ders. (Hrsg.): *Für die Dritte Internationale*. Berlin 1920, S. 9–51, hier: S. 46.

¹⁴⁰ Prot. LV USP Sachsen vom 12./13. 9. 1920, S. 47, in: *Protokolle der USPD Sachsens*. Mit einer Einleitung von Hartfrid Krause. [Reprint] Berlin usw. 1979.

¹⁴¹ Walter Stoecker: *Die U.S.P.D. und die Dritte Internationale*, in: Geyer (Hrsg.), *Für die Dritte ...*, S. 52–65, hier: S. 65. Vgl. auch Geyer, *Scheideweg*, S. 45 und Prot. Reichskonferenz, S. 78.

zuvor ausgetauschten Argumenten nicht mehr viel Neues hinzugefügt. Die Entscheidung des Parteitages war durch die Urwahl der Delegierten nach zwei Listen schon vorherbestimmt. Dabei war es nicht selten zu Manipulationen gekommen¹⁴², doch waren sie wohl nicht ausschlaggebend. Dafür war das Ergebnis zu eindeutig. Die Befürworter des Beitritts zur Kommunistischen Internationale konnten 133 665, die Gegner 99 668 Stimmen auf sich vereinigen¹⁴³. Die Anziehungskraft, die von Moskau ausging, hatte alle Bedenken gegen die „21 Bedingungen“ überwunden¹⁴⁴.

An den starken Einfluß, den das russische Vorbild auf die USPD seit ihrer Entstehung ausübte, erinnerte auf dem Parteitag von Halle Ernst Däumig. In seiner Rede beschwor er so etwas wie einen „ostorientierten Gründungsmythos“, in den er nicht ungeschickt auch den populären, infolge eines Attentats verstorbenen früheren Parteivorsitzenden Hugo Haase einbaute. Bei einer Sitzung am 15. März 1917 auf der die Gründung der USPD vorbereitet wurde, erzählte Däumig, habe Oscar Cohn die Nachricht von der russischen Februarrevolution überbracht. „Ich für meinen Teil rief aus: ‚Ex oriente lux‘. Haase sagte: ‚Ja. Sie haben recht, aus dem Osten kommt uns das Licht.“¹⁴⁵

Als Repräsentanten dieser lichten Welt hatten die Anhänger der Komintern deren Vorsitzenden Grigorij Sinowjew nach Halle eingeladen. Nicht als Repräsentant einer internationalen Organisation, sondern als Zeuge gegen die bolschewistische Diktatur in Rußland trat der Führer der Menschewiki, Julius Martow, auf.

Aber weder das vierstündige rhetorische Feuerwerk, das Sinowjew – reichlich durchsetzt mit Kanonenschlägen gegen die USPD-Rechte – versprühte, noch die von Krankheit und Verfolgung gezeichnete Erscheinung Martows, der eine erschütternde Anklage gegen die brutale Verfolgung aller oppositionellen Sozialisten durch die Bolschewiki verfaßt hatte – wegen Martows Kehlkopferkrankung wurde sie von Alexander Stein vorgetragen –, änderte etwas an dem durch die Urwahl vorherbestimmten Ergebnis des Parteitages. Das gilt ebenso für die Rede Rudolf Hilferdings, der als Koreferent Sinowjews engagiert die Argumente der Kominterngegner vertrat¹⁴⁶.

Als die USPD-Rechte am 17. Oktober nach vollzogener Spaltung im Zoologischen Garten in Halle über die neue Lage beriet, nannte Rudolf Breitscheid als eine der Konsequenzen, die nun gezogen werden mußten: „Wir haben in unserer Presse und in unserer öffentlichen Betätigung ein anderes Verhalten gegenüber dem Bolschewismus einzuhalten, als es bisher geschehen ist. (Sehr richtig!) Wir haben bisher alles nur rosig gesehen, oder wenigstens so getan, als sähen wir alles rosig und gut. (Sehr richtig!)“¹⁴⁷

¹⁴² Högl, Gewerkschaften und USPD, S. 332f.

¹⁴³ Wheeler, USPD, S. 248.

¹⁴⁴ Eine anschauliche Schilderung der Stimmung in den Mitgliederversammlungen der USPD gibt Karl Berg: Der Kontrakt, in: Der Sozialist Nr. 41 vom 16. 10. 1920, S. 806–808, hier: S. 807.

¹⁴⁵ Prot. USPD-PT Halle, S. 98.

¹⁴⁶ Ebenda, S. 144–179 (Sinowjew), S. 179–204 (Hilferding) und S. 208–218 (Martow). Augenzeugen heben den Kontrast zwischen den Erscheinungen des selbstgefälligen, Wohlbefinden ausstrahlenden Sinowjew und des schwerkranken Martow hervor, der geradezu symbolischen Charakter gehabt habe: Stampfer, Vierzehn Jahre; Dittmann, Erinnerungen, S. 1213; Tony Sender: Autobiographie einer deutschen Rebellin. Frankfurt/M. 1981, S. 167–171.

¹⁴⁷ Prot. USPD-PT Halle (USPD-Rechte), S. 287.